

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 5

Artikel: Wahlkampfthemen. Teil I, Die Schweiz und die internationalen Organisationen : die Europapolitik spaltet die Parteien
Autor: Ballanti, Dario
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910521>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Wahlkampfthemen (I): Die Schweiz und die internationalen Organisationen

Die Europapolitik spaltet die Parteien

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union wird zu einem der heissesten Themen im kommenden Wahlkampf. Die Fronten verlaufen mitten durch die Parteien.

Die europäische Integration wird vor den Parlamentswahlen vom Herbst 1999 zu den zentralen Streitfragen gehören. Die Einstellung der Parteien zu den internationalen Organisationen wird sich entscheidend

Dario Ballantini

auf das neue Kräfteverhältnis im Parlament auswirken. Und zweifellos wird die Debatte über einen EU-Beitritt hitzig ausfallen und die Parteien spalten, auch wenn sich eine ziemlich klare Mehrheit der Politiker für einen EU-Beitritt ausspricht; dies im Gegensatz zur Volksmeinung, die sich noch nicht festgelegt zu haben scheint. Drei der vier Bundesratsparteien stehen einem Beitritt positiv gegenüber: Sozialdemokraten, Christlich-Demokraten und Freisinnige. Allerdings mit unterschiedlicher Intensität und mit etlichen Skeptikern in den eigenen Reihen.

SVP: Mehrheit für Alleingang

Unter den Regierungsparteien verfehlt einzig die SVP mehrheitlich einen helvetischen Alleingang. Doch ist auch sie innerlich gespalten: Während der Zürcher Flügel den eidgenössischen

«Der Bundesrat hat die Entscheidungen des Volkes zu akzeptieren.»

CHRISTOPH BLOCHER, SVP

Sonderweg propagiert, zeigt sich etwa die Berner Kantonalpartei offener gegenüber einer möglichen Annäherung der Schweiz an die EU.

Nach Ansicht von Nationalrat Christoph Blocher, dem Anführer der Euro-



Verliert die Schweiz ihre Identität, wenn sie der Europäischen Union beitreibt? An dieser Frage scheiden sich die Geister quer durch das Land und auch quer durch die Parteien. (Foto: Keystone)

pagener, «muss der Bundesrat die Entscheidungen des Volkes akzeptieren». In den letzten Jahren habe es dreimal Nein gesagt: zum EWR, zur UNO sowie zu den Blauhelmen. «Dies verpflichtet die Regierung dazu, die Unabhängigkeit und die Neutralität zu bewahren», meinte Blocher anlässlich der letzten Versammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Die Anti-EU/UNO-Fraktion besteht im weiteren aus der Freiheitspartei (ehemals: Autopartei), den Schweizer Demokraten sowie der Lega dei Ticinesi. Die «Euroskeptiker» befürchten, dass ein EU-Beitritt der Schweiz das Ende der direkten Demokratie bedeuten würde.

CVP: Auf Europakurs

Als entschiedene Beitrittsbefürworterin profiliert sich hingegen die CVP. Anlässlich des ausserordentlichen Parteitagess vom vergangenen April in Basel haben die CVP-Delegierten mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die explizit die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen fordert. «Wir müssen EU-kompatibel werden und unsere Gesetzgebung anpassen», betonte Parteipräsident Adalbert Durrer. Für die EU leg-

ten sich vor allem die Delegierten aus der Romandie ins Zeug – am vehementesten der Genfer Nationalrat Jean-Philippe Mairet und sein jurassischer Kollege François Lachat. Für sie gilt es absolut keine Zeit mehr zu verlieren.

«Wir müssen EU-kompatibel werden und unsere Gesetzgebung anpassen.»

ADALBERT DURRER, CVP

Eine pragmatische Sicht vertrat die Zürcher Nationalrätin Rosmarie Zapfl: «Man muss die Ängste eines Teils der Bevölkerung gegenüber der EU ernst nehmen. Die Diskussion muss sich daher von der polemischen auf die sachliche Ebene verlagern.» Innerhalb der CVP stehen vor allem die Zentral- und Ostschweizer Sektionen der Annäherung an Europa eher skeptisch gegenüber. Zu den grössten Kritikern gehört der Schwyzer Ständerat Bruno Frick. Seiner Ansicht nach ist die Zeit für einen Beitritt noch nicht reif, auch aus wahltaktischen Gründen: Eine zu eurofreundliche Haltung könnte der Par-

tei bei der konservativen Wählerschaft bedeutende Verluste beschern.

FDP: Zwei Geschwindigkeiten

Auch bei den Freisinnigen kann man von zwei Strömungen oder zumindest von zwei Geschwindigkeiten sprechen. Zusammen mit den Tessinern Fulvio Pelli und Dick Marty optieren die Romands klarer für eine Annäherung an die EU als ihre Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen (mit dem Berner Nationalrat Jean-Pierre Bonny als einem der grössten EU-Skeptiker). Letztere stehen eher auf die Bremse und ziehen es vor, den Abschluss der bilateralen Verhandlungen sowie den vom Bundesrat bis Jahresende angeforderten Integrationsbericht abzuwarten.

Insgesamt scheint die Haltung der FDP stärker als jene der CVP von Pragmatismus geleitet zu sein: Beitritt ja, aber ja nichts überstürzen und erst nach reiflichem Abwägen der Vor- und Nachteile. Zu den sogenannten «Euro-Turbos» gehört der Genfer Nationalrat Peter Tschopp: «Scheitert ein erweiterter Zusammenarbeitsvertrag, ist der

«Der Beitritt ist die einzige Alternative.»

PETER TSCHOPP, FDP

Beitritt die einzige Alternative.» Auch seine Waadtländer Ratskollegin Christiane Langenberger sieht die Europa-Zukunft positiv: «Ein aktiver Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen und föderalistischen EU würde die Identität der Schweiz zweifellos um eine Dimension bereichern.» Der Berner Nationalrat François Loeb propagiert hingegen eine zweite EWR-Abstimmung als effizientesten und schnellsten Weg. Die Gefahr einer Isolierung der Schweiz wäre abgewendet, insbesondere in bezug auf den Arbeitsmarkt.

SP: Ja zu EU und UNO

«Der EWR vermag die Mitbestimmung nicht zu gewährleisten; meiner Meinung nach sind die Verfechter einer zweiten EWR-Abstimmung gegen einen Beitritt», wendet dagegen SP-Nationalrat Peter Vollmer ein. Die Sozialdemokraten unterstützen die Initiative «Ja zu Europa», die von europafreundlichen Verbänden lanciert wurde. «Wir können heute in aller Ruhe die Beitrittsverhandlungen führen angesichts der Tatsache, dass die Abstimmung erst in einigen Jahren stattfinden wird», betont der Berner. Noch klarer äussert sich sein Zürcher Fraktionskollege Andreas Gross, der sich auch für eine Volksinitiative zum UNO-Beitritt engagiert: «Es braucht

«Wir können in aller Ruhe Beitrittsverhandlungen führen.»

PETER VOLLMER, SP

ein dreifaches Ja: zur direkten Demokratie, zur EU sowie zur Demokratisierung der EU.»

Liberalen und Grünen für EU

Klare Befürworter eines Beitritts zur EU sind die Liberalen. Das erklärt sich vor allem dadurch, dass ihre Abgeordneten mit einer Ausnahme aus der Westschweiz stammen, die einer Öffnung der Schweiz allgemein positiver gegenübersteht als die andern Landesleute. Ebenfalls europafreundlich sind der Landesring der Unabhängigen, die Evangelische Volkspartei, die Partei der Arbeit und die Grünen, wobei es bei letztgenannten eine kleinere Gruppe von prononcierten Gegnern eines EU-Beitritts gibt.

Parteien im Steckbrief (I)

Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)

Sitze im Nationalrat: 1; im Ständerat: –
Präsident: Christian Waber (BE)
Adresse: Postfach 717, CH-3607 Thun
Tel. +41 33 222 36 37, Fax +41 33 222 37 44
Die EDU über sich:
«Die EDU ist eine christlich-bürgerliche Partei mit sozialer Ausrichtung. Von allen Nichtregierungsparteien verzeichnet sie die flächenmässig bestausgestattete Struktur. In ihrem Denken, Reden und Handeln stützt sie sich auf ewig gültige Aussagen der Bibel als Gottes Wort. Angesichts der dramatischen Verschuldung und aus Verantwortung den kommenden Generationen gegenüber dürfen dem Staat nicht mehr immer mehr Aufgaben übertragen werden.»

Christlich-soziale Partei der Schweiz (CSP)

Sitze im Nationalrat: 1 (Mitglied der grünen Fraktion); im Ständerat: –
Adresse: Beat Bloch (Mitglied des Präsidiums), Postfach, CH-8038 Zürich
Tel. +41 1 492 01 75, Fax +41 1 201 21 14
Die CSP über sich:
«Die Christlich-soziale Partei der Schweiz setzt sich für eine offene Gesellschaft ein, die vom Grundgedanken der Solidarität geprägt ist. Eine umfassende und garantierte Alterssicherung sowie eine humane Ausländer- und Flüchtlingspolitik und eine echte Sozialpartnerschaft stehen im Zentrum der Politik der CSP Schweiz.»

Frauen macht Politik! (FraPi)

Sitze im Nationalrat: 1 (Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion); im Ständerat: –
Adresse: Postfach 9353, CH-8036 Zürich
Tel. und Fax +41 1 242 44 18
Die FraPi über sich:
«Politische Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Radikale und gerechte Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit sowie eine gesicherte Existenz. Eine Migrationspolitik, die Frauen ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthalts- und Arbeitsrecht garantiert. Sicherheit vor Gewalt und gleiche Bildungschancen für alle.»

Lega dei Ticinesi (Lega)

Sitze im Nationalrat: 1 (Fraktionsgemeinschaft mit Schweizer Demokraten und Massimo Pini, FDP TI); im Ständerat: –
Präsident: Giuliano Binagosa
Adresse: Casella postale 2311, CH-6901 Lugano
Tel. +41 91 971 30 33, Fax +41 91 972 74 92
Die Lega über sich:
«Auslandstisser sollten aus zwei Gründen die Lega wählen: erstens weil sie ihre geliebte Heimat wegen eines politisch und wirtschaftlich ungünstigen Klimas verlassen mussten; zweitens weil die Lega dafür kämpft, dass jeder Tessiner die Möglichkeit hat, im Tessin in Freiheit und Demokratie arbeiten und gut leben zu können.»